



Mag. Karl Koller, Merc, Nc, Obmann von Nova Europa

Impulsreferat bei der Diskussion mit Univ.-Prof. Dr. Lothar Höbelt am 18.3.2010 im Verbindungslokal der CV-Verbindung KÖStV Austria-Wien:

Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft?

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Cartellbrüder!

Ich möchte mit einem aktuellen Thema beginnen: Griechenland. Zunächst ein paar Zahlen: Das griechische Staatsdefizit lag 2009 bei 12,7 % des griechischen Bruttoinlandsprodukts, die Staatsverschuldung erreichte mit 113 % die Spitze der Euroländer. Prognose 2010: 125 %.

Griechenland hat nicht nur ein Problem mit dem Staatshaushalt – sonst wäre die Lösung einfach: Unnötige Ausgaben einsparen oder die Steuern erhöhen. Griechenland hat ein gewaltiges Leistungsbilanzdefizit: 14,5 % des BIP 2008, 11,1 % 2009 – 37 Mrd. US-\$, das ist der Spitzenwert in der EU-15. Das Land importiert mehr als exportiert, konsumiert mehr als es produziert. Die griechische Wirtschaft ist nicht wettbewerbsfähig genug – nicht am griechischen Binnenmarkt und nicht auf den Exportmärkten.

Freilich hat das ganze auch eine Kehrseite: Frankreichs Wirtschaftsministerin Christine Lagarde hat vor ein paar Tagen für große Aufregung in Deutschland gesorgt, weil sie darauf hingewiesen hat, dass Deutschlands Leistungsbilanzüberschuss Mitursache der Probleme von Staaten wie Griechenland sei. Der Überschuss der Deutschen lag 2007 bei 7,9 % des deutschen Bruttoinlandsprodukts, 2008 bei 6,6% und 2009 bei 4 %. In Zahlen ausgedrückt betrug der Überschuss Deutschlands 2008 gigantische 243 Mrd. US-\$. Deutschlands Wirtschaft ist in höchstem Maße wettbewerbsfähig. Deutschlands Lohnstückkosten sind nur in den Jahren 2001/02 und 2007/08 gestiegen und das teils marginal. Zum Vergleich: In Frankreich sind die Lohnstückkosten seit 2003 kontinuierlich schneller gestiegen als in Deutschland – die Leistungsbilanz 2009 mit -2,1 % des BIP geringfügig im Minus. Und in den verächtlich als „PIGS“ bezeichneten Staaten, Portugal, Italien, Griechenland und Spanien sind die Lohnstückkosten seit 2000 um 30 % gestiegen – stärker als die Produktivität.

Fakt ist: Die Leistungsbilanzüberschüsse der Einen sind logischerweise die Defizite der Anderen. Wenn Deutschland sich freut, dass Griechenland den Großteil seiner Waffen bei ihnen kauft, so ist das gut für die Arbeitsplätze in den deutschen U-Bootwerften. Wenn Griechenland sich aber immer mehr verschuldet und vielleicht nicht mehr zahlen könnte?

Exportüberschüsse haben – wenn wir logisch denken – eigentlich nur dann einen Sinn, wenn man in späterer Zeit mehr importiert als exportiert, die aufgebauten Forderungen der Vergangenheit konsumiert oder investiert.

Insofern hat Ministerin Lagarde recht, wenn sie fragt: „Ist dieses Modell längerfristig tragbar für die Eurozone?“ Und gleich die Antwort gibt: „Ich denke nicht“.

Nachhaltig sind eine langfristig ausgeglichene Leistungsbilanz und eine Wirtschaft, deren Rückgrad die Binnennachfrage ist.

In Staaten wie Deutschland mit einem Leistungsbilanzüberschuss müssten über Lohnerhöhungen die Lohnstückkosten steigen, damit auch die Lohnquote, was zur Steigerung der Binnennachfrage führt. Alternativ oder in Kombination geht das auch mit Arbeitszeitverkürzung.

Griechenland dagegen muss den schmerzhaften umgekehrten Weg gehen – effizienter werden und kurzfristig wohl sinkende Reallöhne und Wohlstandseinbußen in Kauf nehmen. Und das ist schwierig, weil im Euroland der Wechselkursmechanismus, also die Möglichkeit der Abwertung nicht mehr zur Verfügung steht.

Ich komme zur globalen Krise – der größten Wirtschaftskrise seit den Dreißigerjahren. Der eigentliche Grund für die gegenwärtige Krise der realen Wirtschaft und der Finanzkrise, die sie ausgelöst hat, sind die globalen Ungleichgewichte.

Die USA haben seit mehr als einem Jahrzehnt ein gewaltiges Leistungsbilanzdefizit – 6 % des BIP 2006, 5,2 % 2007, 4,9 % 2008. Im Juni 2007 – kurz vor dem Beginn der Finanzkrise referierte der Präsident der Deutschen Bundesbank Axel Weber, bei einem Festvortrag in Essen:

„Auf die Vereinigten Staaten entfallen ca. $\frac{3}{4}$ des global aggregierten Leistungsbilanzdefizits – 6,5 % des BIP 2006 während es vor 10 Jahren noch bei 1,6 % lag. ... Dass ein einziges Land für einen solch erheblichen Anteil am aggregierten Leistungsbilanzdefizit steht, ist der Kern der globalen Ungleichgewichte.“

Finanziert wird der Überkonsum der Amerikaner vor allem von den ölexportierenden Ländern, Japan und primär von China, das Japan als größter Halter von Devisenreserven abgelöst hat.

Das Resümee von Präsident Weber war: *„Wenn ein Land heute Leistungsbilanzdefizite aufweist, müssen diese irgendwann in der Zukunft durch Leistungsbilanzüberschüsse ausgeglichen werden. Kein Land kann ad infinitum eine defizitäre Leistungsbilanz haben, da dies gleichbedeutend mit dem stetigen Ausweiten von Verbindlichkeiten gegenüber dem Rest der Welt und somit einer fortdauernden Verschlechterung des Auslandsvermögensstatus wäre. Eine Entwicklung, die nicht ewig anhalten kann, wird dies auch nicht tun. Daher ist es auch keine Frage, ob es in Zukunft zu einer Korrektur der globalen Ungleichgewichte kommen wird, sondern nur wann und in welcher Form.“*

Wobei die Unhaltbarkeit der Ungleichgewichte, das sei nochmals betont, auf Defizite und Überschüsse zutrifft – das sind zwei Seiten derselben Medaille.

Normalerweise verschulden sich in einer Volkswirtschaft Unternehmen und der Staat, während die Haushalte Nettosparer sind. Nicht so in den USA, dort war – ermöglicht durch die wachsende Auslandsverschuldung – auch der Haushaltssektor Nettoschuldner. Auf Schulden wurde alles Mögliche konsumiert, viele erwarben ein Haus auf Kredit und nahmen – ermöglicht durch die steigenden Hauspreise – auf die Immobilie gleich noch weitere Kredite auf. Jede Blase platzt einmal – im Sommer 2007 hatten wir dann die Subprime-Krise. Im September 2008 dann der Megagau: Lehman Brothers – einer der „Big Five“ der Wall Street – bricht zusammen.

Die Korrektur der globalen Ungleichgewichte „nur eine Frage des Wann und des Wie“, wie Axel Weber es formuliert hatte. Lange hatte es nicht mehr gedauert.

Die Lehman-Pleite führte zu einem Schock – die Börsen im freien Fall. Jetzt rächte sich die angloamerikanische Rechnungslegung – IFRS, US-GAAP. Solange es aufwärts ging konnte man die im Depot der Banken befindlichen Wertpapiere, die Grundstücke der Immobiliengesellschaften ... ständig aufwerten, das führte zu steigenden Erträgen und Nettovermögen und damit zum Steigen der jeweils eigenen Aktienkurse usw. In der Krise drehte sich das ganze um. Die zusammenbrechenden Aktien-, Immobilienmärkte ... führten zu massiven Abwertungen, zu Verlusten und zum Verfall der eigenen Börsenkurse. Was wieder andere traf, die diese Aktien im Depot hatten ...

Die Banken trauten sich gegenseitig nicht mehr, der Interbankenmarkt brach zusammen. *„Die Welt stand tagelang am Rand des totalen wirtschaftlichen Zusammenbruchs“*, wie Joseph Urschitz in der Presse schrieb. Wegen des Misstrauens zwischen den Banken mussten die Notenbanken, wie man sagt, „Geld ins System pumpen“. Gemeint ist damit nichts anderes, als dass es den Geschäftsbanken,

vereinfacht gesprochen, durch Zentralbankkredite ermöglicht wurde, sich gegenseitig mit Notenbankforderungen zu bezahlen. Dies, und dass die Staaten für die Systembanken Bestandsgarantien abgeben, hat das System stabilisiert und gerettet.

Nicolas Sarkozy, konservativer französischer Staatspräsident, formulierte es bei seiner Rede beim Davoser Weltwirtschaftsforum im Jänner so: „*Wenn die Staaten nicht eingegriffen hätten, wäre alles zusammengebrochen. Das ist keine Frage von Liberalismus, Etatismus, Sozialismus, links oder rechts, es ist eine Tatsache*“. Und dann stellte er fest: „*Diese Krise ist nicht nur eine Krise in der Globalisierung. Diese Krise ist eine Krise der Globalisierung*“.

Breite konservative Kreise, die Wähler sowieso, und immer mehr Politiker sehen die Dinge nach der Krise so wie Nicolas Sarkozy – und in aller Bescheidenheit darf ich sagen, so wie wir von Nova Europa sie schon bei unserer Gründung Ende 2003 gesehen haben.

Claus Raidl, Alt-VOP und Generaldirektor von Böhler-Uddeholm wird in der Presse vom 26. November 2009 so zitiert: „*Auch die Paläoliberalen der Hayek-Partie müssen zur Kenntnis nehmen, dass es ohne aktiven Staat nicht geht*“. Cbr. Josef Taus, Industrieller und Alt-ÖVP-Parteibeamter sagte bei der Nova Europa Klausur am 10. Jänner 2009: „*Von Friedman und diesen Leuten habe ich nie etwas gehalten*“. Der bekannt konservative Journalist Paul Schulmeister schrieb in der Presse vom 4.5.2009: „*Die Balance zwischen Staat und den Märkten muss neu bestimmt werden.*“ Und RLB-OÖ Generaldirektor Cbr. Ludwig Scharinger sagt im Wirtschaftsblatt, 6. März 2009: „*Und jetzt wird die totale Marktwirtschaft amerikanischer Prägung zu Grabe getragen. Es ist das Ende der Investmentbanker und Spekulanten.*“ Und weiter: „*Es kommt eine Soziale Marktwirtschaft mit ressourcenschonender Entwicklung.*“

Wie ist es möglich, dass es zu diesen weltwirtschaftlichen Ungleichgewichten kommen konnte? Dafür gibt es eine simple Antwort. Der Wechselkursmechanismus sorgt nicht mehr für den Ausgleich der Leistungsbilanzen. Im Devisenhandel stehen nämlich nur mehr rund 2 % dieser Transaktionen mit realen Handelsgeschäften im Zusammenhang – der Rest ist Spekulation.

Die Aktienspekulation, die Rohstoffspekulation, die Spekulation mit Derivaten und natürlich die reine Währungsspekulation, sie bestimmen die Kurse von Dollar, Euro und jeder anderen frei floatenden Währung. Solange das so weiter geht, werden die Ungleichgewichte bleiben.

In den letzten Wochen haben Wall-Street Banker und Hedge Fonds die Preise der Credit Default Swaps für griechische Staatsanleihen, mit denen man sich gegen den Kreditausfall absichern kann, nach oben getrieben. Man speulierte auf den griechischen Staatsbankrott.

Ungedeckte Leer-, oder auch Nacktverkäufe genannt, spielten da eine Rolle. Auf EU-Ebene spricht der konservative Kommissionspräsident José Manuel Barroso daher davon, Nacktverkäufe von Credit Default Swaps auf Staatsanleihen verbieten zu wollen.

In dasselbe Horn stieß der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble in den Sonntagsausgaben von FAZ und Welt: „*Ungedeckte Leerverkäufe werden künftig gesetzlich verboten*“ sagte er.

Und generell schlagen Konservative einen finanzmarktkritischen Ton an. Hans Peter Friedrich, Vorsitzender der CSU-Landesgruppe im deutschen Bundestag, erklärte (lt. Presse 10.3.2010): „*Ich bin dafür, dass wir massiv auf den Finanzmärkten aufräumen und mit dem Märchen aufhören, dass jedes innovative Finanzprodukt nötig ist, um den Wohlstand auf Erden zu sichern.*“

Es ist eine Krise der Globalisierung, wie es Nicolas Sarkozy formulierte, eine Krise der Globalisierung der neoliberalen Ideologie. Spekulation ist kein nachhaltiges Geschäftsmodell und das Setzen auf die sogenannte Finanzindustrie kein nachhaltiges Wirtschaftsmodell für Staaten.

- ✚ Die so gepriesene isländische Wirtschaft ist gescheitert: Ihr Geschäftsmodell war das weltweite Sammeln von Spargeldern und die Spekulation mit diesen Geldern auf den Finanzmärkten. Die Verbindlichkeiten der drei größten isländischen Banken waren neunmal so hoch wie das isländische Bruttoinlandsprodukt. Nach den Bankenpleiten stürzte die Krone 70 % gegen den Euro ab. Das Leistungsbilanzdefizit 2008 betrug 43 % des BIP.

- ✚ Ebenso gescheitert: der sogenannte keltische Tiger, Irland – mit seinen Niedrigsteuern für Unternehmen – 14,7 % des BIP wird das Staatsdefizit 2010 betragen. Aus dem Tiger ist ein unscheinbares, struppiges Kätzchen geworden ...
- ✚ Großbritannien wurde ein Jahrzehnt lang für sein Wirtschaftsmodell bewundert – deregulierte Finanzmärkte, Wissensgesellschaft statt altmodischer Industrie und Landwirtschaft. Der Traum ist ausgeträumt: statt Geld einzuspielen müssen die Banken mit Milliarden gestützt werden. 12 % des BIP beträgt das Staatsdefizit, die Staatsschuldenquote geht heuer Richtung 80 %. Schlimmer aber: Laut Credit Suisse steckt der Privatsektor mit 222 % des BIP in der Kreide, viel tiefer als die Griechen mit im Vergleich geradezu niedrigen 78 %.

„Gut, dass wir in Deutschland letztlich nicht auf jene gehört haben, die der reinen Dienstleistungswirtschaft und der Deindustrialisierung das Wort redeten“, hat der frühere deutsche Finanzminister Peer Steinbrück einmal gesagt.

Ich komme zum Schluss und möchte noch kurz jene Maßnahmen anreißern, die ich für notwendig halte und die wir in der Diskussion dann noch näher beleuchten können:

- Wir brauchen eine Neukonzeption des Bretton-Woods Konsenses – ein Wechselkurssystem, welches sich an den Leistungsbilanzen, also an der Realwirtschaft orientiert und nicht an der Devisenspekulation. Nicolas Sarkozy wird nicht müde, ein neues Weltwährungssystem zu fordern. „Man muss das ganze weltweite Finanz- und Währungssystem neu aufbauen, wie das nach dem zweiten Weltkrieg in Bretton-Woods gemacht wurde“ so der Präsident im September 2008.
- Zur Eindämmung der Devisenspekulation und um generell der Blasenbildung auf den Finanzmärkten entgegenzuwirken brauchen wir eine wirksame Finanztransaktionssteuer.
- Wir brauchen Transparenz. Das Verstecken von Risiken außerhalb der Bilanzen muss in Hinkunft unterbunden werden.
- Deshalb und um den unseligen Steuerwettbewerb zu stoppen und die solidarische Finanzierung der Staaten, deren Infrastruktur und deren sozialer Sicherungssysteme zu gewährleisten, bedarf es der Austrocknung der Steueroasen und der Abschaffung der Bankgeheimnisse – auch in Österreich. Als Musterland der Sozialen Marktwirtschaft, als das wir uns selber sehen, müssen wir Vorbild sein – nicht Bremser.
- Wir müssen die prozyklischen Elemente aus den Rechnungslegungsvorschriften und aus den Basel-II-Regeln entfernen.

Ganz generell müssen die Finanzmärkte wieder eine dienende Funktion gegenüber der Realwirtschaft einnehmen. Nur die Realwirtschaft schafft reale Werte, daher kann es auf Dauer auch nicht möglich sein, auf den Finanzmärkten höhere Renditen zu erwirtschaften als in der Realwirtschaft.

Wenn sich das alles geändert hat, dann wird Soziale Marktwirtschaft im vollen Wortsinn auch wieder möglich werden. Dann wird es möglich sein, mit den Auswüchsen des Marktradikalismus aufzuräumen, mit der modernen Sklavenhaltung in Form von Leiharbeit, mit den überhandnehmenden befristeten Dienstverhältnissen, mit der Lohndrückerei. ... In manchen Teilen Deutschlands arbeiten Friseurinnen um 3, 4 Euro Stundenlohn, jeder Zehnte deutsche Arbeitnehmer hat nur einen befristeten Dienstvertrag ...

Ludwig Erhards Credo, einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, Ludwig Erhards Credo war „Wohlstand für Alle“ – nicht die Steigerung des Reichtums für Wenige, wie es während der Herrschaft des Neoliberalismus "System" war. Die bisherigen Regeln der Globalisierung sind keine Naturgesetze sondern politisch gemacht – eben durch die Deregulierung der Märkte. Was wir wieder brauchen ist den Primat der Politik, der demokratisch legitimierten Politik über die Wirtschaft, Rahmenbedingungen und sozialen Ausgleich. Das unterscheidet auch die Soziale Marktwirtschaft von der Marktwirtschaft ohne Attribute. Und Weiterentwicklung zu einer Ökosozialen Marktwirtschaft. "Nachhaltigkeit" und "Wohlstand und Lebensqualität für Alle" das muss wieder selbstverständliches Politikziel werden.